



MORNING NEWS

4. Februar 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	VERÄNDERUNG %	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	VERÄNDERUNG %	VORTAG
DAX	24.780,79	-16,73	-0,07	24.797,52	DJ 30	49.240,99	-166,67	-0,34	49.407,66
MDAX	31.537,33	25,24	0,08	31.512,09	NASDAQ	25.338,62	-399,99	-1,55	25.738,61
TEC DAX	3.620,91	-9,57	-0,26	3.630,48	Nikkei 225	54.279,73	-440,93	-0,81	54.720,66
Euro Stoxx50	5.995,35	-12,16	-0,20	6.007,51	Hang Seng	26.799,56	-35,21	-0,13	26.834,77
Bund Future	127,81	0,12	0,09	127,69	Euro / US-\$	1.1836	0,00	0,14	1.1819
Gold in US-\$	5.085,00	138,24	2,79	4.946,76	Öl (Brent) US-\$	67,84	0,51	0,76	67,33
Bitcoin / US-\$	76.168,67	27,37	0,04	76.140,48	Ethereum / US-\$	2.262,56	-20,19	-0,88	2.282,42

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	24.781	+1
NASDAQ Future	25.416,75	-35,25

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	VERÄNDERUNG %	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	166,69	-0,31	-0,00	167,00	197,29	8.152.372,00
Nokia OJ	5,65	0,04	0,01	5,61	6,69	34.317.760,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Quartalsergebnisse entnehmen Sie bitte dem Anhang		
Europäische Unternehmen		UBS (06:45 Q4), Novartis (07:00 Q4), Credit Agricole (07:00 Q4), Equinor (07:00 Q4), Svenska Handelsbanken (07:00 Q4), Banco Santander (07:00 Q4), OMV (07:30 Q4), Novo Nordisk (07:30 Q4), Carlsberg (07:30 Q4), DNB ASA (07:30 Q4), Stora Enso (07:30 Q4), GSK (08:00 Q4), UPM Kymmene (08:30 Q4), ARM Holding (22:30 Q3)		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	PMI Dienste, final	Januar	09:55	53,3 (53,3)
D	PMI Composite, final	Januar	09:55	52,5 (52,5)
D	VDMA Auftragseingang	12/25 und Gj	10:00	n/a
EWU	PMI Dienste, final	Januar	10:00	51,9 (51,9)
EWU	PMI Composite, final	Januar	10:00	51,5 (51,5)
EWU	PPI (m/m)	Dezember	11:00	-0,3% (0,5%)
EWU	PPI (y/y)	Dezember	11:00	-2,2% (-1,7%)
EWU	VPI-Schätzung (y/y), vorab	Januar	11:00	1,7% (1,9%)
EWU	VPI (m/m), vorab	Januar	11:00	-0,5% (0,2%)
EWU	VPI Kern (y/y), vorab	Januar	11:00	2,3% (2,3%)
USA	ADP Beschäftigungsänderung	Januar	14:15	45.000 (41.000)
USA	PMI Dienste, final	Januar	15:45	52,5 (52,5)
USA	PMI Composite, final	Januar	15:45	n/a (52,8)
USA	ISM Index Services	Januar	16:00	53,5 (53,8)
USA	EIA Ölbericht	Vorwoche	16:30	n/a

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,74 (1,56)	10-jährige Bonds	+0,078	4,26%
Volumen NASDAQ	10,28 (8,85)	30-jährige Bonds	+0,172	4,89%
(-)Vortag				

Ein **Ausverkauf bei den Technologieaktien** hat die US-Börsen am Dienstag ins Minus gedrückt. Der US-Standardwerteindex Dow Jones verlor 0,3 Prozent auf 49.241 Punkte. Der technologielastige Nasdaq gab 1,4 Prozent auf 23.255 Zähler nach und der breit gefasste S&P 500 büßte 0,8 Prozent auf 6918 Stellen ein.

Belastet wurden die Börsenbarometer von fallenden Datenanalyse- und Softwareaktien. Als Auslöser nannten Händler Sorgen über die Fortschritte bei Künstlicher Intelligenz (KI) nach der Einführung eines Zusatzmoduls für den Chatbot Claude des KI-Unternehmens Anthropic. Dabei handelt es sich um ein Plugin, mit dem sich das Sprachmodell für juristische Aufgaben einsetzen lässt. Die US-notierten Titel des kanadischen Medienkonzerns **Thomson Reuters**, zu dem neben der Nachrichtenagentur Reuters auch die juristische Datenbank Westlaw gehört, rutschten um 15,6 Prozent ab.

Unter die Räder gerieten auch Softwareunternehmen. So fielen die Kurse von **Microsoft, Oracle, Salesforce, ServiceNow** und **Adobeum** 2,8 bis 7,3 Prozent. "Softwareunternehmen galten eigentlich als Gewinner des KI-Booms", sagte Lars Skovgaard, Strategie bei der Danske Bank. "Aber plötzlich kommt die Sorge auf, ob sich die Investitionen überhaupt wieder einspielen - und ob man nicht von neuen Entwicklungen überholt wird."

Statt bei Technologieaktien griffen Anleger bei Aktien aus konjunkturunabhängigen Sektoren zu. So legte **Walmart** um 2,9 Prozent zu, was seinen Börsenwert über die Marke von einer Billion Dollar hievte. Damit stieß das Unternehmen als erster Einzelhändler in einen exklusiven Kreis besonders wertvoller Konzerne vor, dem unter anderem die Tech-Riesen Nvidia, Microsoft und Alphabet angehören.

Nach dem massiven Einbruch am Edelmetallmarkt gingen die Preise für Gold und Silber indes auf Erholungskurs. Eine Feinunze **Gold** verteuerte sich um 6,2 Prozent auf 4952 Dollar. **Silber** legte um 7,5 Prozent auf 85,25 Dollar zu. In den beiden vorangegangenen Handelstagen hatten die Edelmetalle den stärksten Einbruch seit Jahrzehnten verzeichnet. Auslöser waren die Nominierung von Kevin Warsh zum neuen Chef der US-Notenbank Fed und eine Anhebung der Einschussanforderungen für Termingeschäfte durch die Börse CME.

Neu entflamme Sorgen über den US-Iran-Konflikt stützten indes die Preise am Ölmarkt. Die Nordsee-Rohölsorte **Brent** verteuerte sich um 2,8 Prozent auf 68,17 Dollar je Fass. US-Leichtöl **WTI** stieg um 3,2 Prozent auf 64,08 Dollar. Ein US-Kampfjet schoss nach US-Angaben eine iranische Drohne über dem Arabischen Meer ab. Iranische Medien berichteten ihrerseits, zu einer Drohne sei der Kontakt aus unbekannten Gründen abgerissen.

Zugleich ging es mit der Bilanzsaison weiter. Für gute Stimmung sorgte vor allem **Palantir** mit einem Kurssprung von 6,8 Prozent. Der umstrittene Datenanalyse-Spezialist hat Kritik an seiner Zusammenarbeit mit der US-Regierung zurückgewiesen. Zudem peilt der Konzern nach einem überraschend starken vierten Quartal ein Umsatzplus von mehr als 60 Prozent im Geschäftsjahr 2026 an. "Diese Zahlen stützen den KI-Trade", sagte John Campbell, Portfoliomanager bei der Investmentgesellschaft Allspring.

Nach einem positiv aufgenommenen Finanzbericht waren auch die Titel des US-Chipausrüsters **Teradyne** gefragt, die um 13,4 Prozent zulegten.

Der Zahlungsabwickler **PayPal** und der Pharmakonzern **Pfizer** konnten mit ihren Geschäftszahlen hingegen nicht bei Anlegern punkten. Die Aktien rutschten um 20,3 Prozent ab.

US Unternehmen

Der zunehmende Bedarf an Hochleistungsprozessoren für Künstliche Intelligenz (KI) hat **AMD** zu einem überraschend starken Wachstum verholfen. Der Quartalsumsatz sei um 34 Prozent auf ein Rekordhoch von 10,27 Milliarden Dollar

gestiegen, teilte der US-Chipkonzern mit. Der bereinigte Gewinn habe um 40 Prozent auf 1,53 Dollar je Aktie zugelegt. "Wir sind in sämtlichen Geschäftsbereichen mit Schwung ins Jahr 2026 gestartet", sagte Konzernchefin Lisa Su. Sie stellte für das angelaufene Quartal Erlöse zwischen 9,5 und 10,1 Milliarden Dollar in Aussicht (Reuters).

Der Chef von **Amazons Cloud-Sparte** AWS, Matt Garman, hält **Rechenzentren im Weltraum** für wirtschaftlich unrealistisch. Auf dem "Cisco AI Summit" in San Francisco sagte Garman, die Schwierigkeiten beim Transport von Servern und anderer Ausrüstung in eine Umlaufbahn machten die Umsetzung extrem schwierig. "Es gibt noch nicht genug Raketen, um eine Million Satelliten zu starten, also sind wir davon noch ziemlich weit entfernt", erklärte er. Die Kosten, um eine Nutzlast ins All zu bringen, seien heute immens. "Es ist einfach nicht wirtschaftlich", sagte er (Reuters).

Zur Finanzierung weiterer Rechenzentren hat **Oracle** eine **Kapitalerhöhung** angekündigt. Der SAP-Rivale gab am Dienstag in einer Pflichtmitteilung bekannt, neue Aktien im Volumen von bis zu 20 Milliarden Dollar ausgeben zu wollen. Insgesamt will der Softwarekonzern im laufenden Jahr bis zu 50 Milliarden Dollar aufnehmen, unter anderem durch die Emission von Anleihen. Oracle hat sich ehrgeizige Ziele für den Ausbau seiner KI-Infrastruktur gesetzt. Investoren beobachten dies mit Sorge, weil das US-Unternehmen bereits auf einem Schuldenberg von etwa 100 Milliarden Dollar sitzt. Gleichzeitig blieb das Wachstum der Cloud-Sparte zuletzt hinter den Erwartungen zurück (Reuters).

Der Chipkonzern **Nvidia** steht einem Medienbericht zufolge kurz davor, 20 Milliarden Dollar in den ChatGPT-Entwickler **OpenAI** zu investieren. Dies berichtete die Nachrichtenagentur *Bloomberg* nach Angaben von Insidern. Die Investition sei Teil einer Finanzierungsrunde, in der OpenAI bis zu 100 Milliarden Dollar einsammeln wolle. Die Bewertung des KI-Unternehmens könnte dabei auf rund 830 Milliarden Dollar steigen. Der Abschluss sei jedoch noch nicht endgültig, und die Bedingungen könnten sich noch ändern, hieß es in dem Bericht weiter (Reuters).

Die **Justiz in Paris** hat Räumlichkeiten von Elon Musks **Online-Plattform X** in Frankreich durchsuchen lassen. Im Zuge laufender Ermittlungen gegen das soziale Netzwerk seien außerdem **Vorladungen an den Tech-Milliardär** sowie die **frühere X-Chefin Linda Yaccarino** zur Vernehmung am 20. April in der französischen Hauptstadt verschickt worden, teilte die Pariser Staatsanwaltschaft mit. Musk sprach bei X von einer "politischen Attacke" (dpa/AFX).

Marktmeldungen

Die **Nato** will mit einem neuen **Arktis-Einsatz** zur weiteren Deeskalation des bündnisinternen Konflikts um **Grönland** beitragen. Die derzeit geplante Aktivität werde die militärische Präsenz der Nato in der Arktis und im hohen Norden noch einmal stärken, sagte Oberst Martin L. O'Donnell vom militärischen Nato-Hauptquartier im belgischen Mons der *Deutschen Presse-Agentur*. Zuvor hatte der *"Spiegel"* über den laufenden Planungsprozess berichtet. Der Einsatz könnte nach Informationen der dpa bereits in den nächsten Tagen gestartet werden.

Das **US-Repräsentantenhaus** hat am Dienstag mit dünner Mehrheit einem **überparteilichen Kompromiss** zugestimmt, um den seit Samstag andauernden teilweisen **Regierungsstillstand** zu beenden. Die Abgeordneten votierten mit 217 zu 214 Stimmen für den Gesetzentwurf, der nun Präsident Donald Trump zur Unterschrift vorliegt. Das Paket, das der Senat bereits mit breiter Mehrheit gebilligt hat, stellt die Finanzierung für Bereiche wie Verteidigung, Gesundheit und Bildung wieder her. Für das **Heimatschutzministerium** wurde dagegen nur eine **Übergangslösung** beschlossen, da im Kongress noch über Änderungen bei der Einwanderungspolitik gerungen wird. Hintergrund ist der Streit über das harte Vorgehen der US-Einwanderungsbehörde ICE (Reuters).

Der **Teilstillstand von US-Regierungsgeschäften** ist **beendet**. Präsident Donald Trump setzte mit seiner Unterschrift ein zuvor vom Parlament beschlossenes Haushaltspaket in Kraft und beendete damit den sogenannten Shutdown (dpa/AFX).

Der **Iran** hat einem Insider zufolge kurzfristig Änderungen am Format und Ort der **geplanten Gespräche** mit den **USA** gefordert. Die Regierung in Teheran wolle das für Freitag angesetzte Treffen von Istanbul in den Oman verlegen, sagte ein Diplomat aus der Region der Nachrichtenagentur Reuters. Zudem wolle der Iran nur bilateral mit den USA verhandeln

und die Gespräche auf Atomfragen begrenzen. Zuerst berichtete das Nachrichtenportal Axios von den Forderungen. Ursprünglich war vorgesehen, dass Vertreter mehrerer arabischer und muslimischer Staaten als Beobachter teilnehmen.

Die **USA** haben nach eigenen Angaben eine **iranische Drohne** abgeschossen, die sich im Arabischen Meer dem **Flugzeugträger "USS Abraham Lincoln"** genähert haben soll. Ein F-35-Kampfjet habe den unbemannten Flugkörper vom Typ Schahed-139 abgefangen, teilte das US-Zentralkommando mit. Es habe sich um einen Akt der Selbstverteidigung gehandelt, sagte ein Sprecher. Die Sprecherin des Weißen Hauses, Karoline Leavitt, bestätigte den Vorfall dem Sender *Fox News*. Die für diese Woche angesetzten Verhandlungen mit dem Iran sollten jedoch wie geplant stattfinden. Eine Stellungnahme der Regierung in Teheran lag zunächst nicht vor. Stunden nach dem Abschuss kam es in der **Straße von Hormus** zu einem weiteren Zwischenfall. **Boote der iranischen Revolutionsgarden (IRGC)** und eine Drohne bedrängten nach US-Angaben den unter US-Flagge fahrenden **Tanker "Stena Imperative"**. Die Iraner hätten versucht, das Handelsschiff zum Anhalten zu zwingen, teilte ein Marinesprecher weiter mit. Das US-Kriegsschiff "USS McFaul" sei dem Tanker jedoch zu Hilfe geeilt und habe ihn eskortiert, woraufhin sich die Situation entspannt habe. Auch hier gab es zunächst keine Stellungnahme des Iran (Reuters).

Der **kolumbianische Präsident** Gustavo Petro hat nach einem **Treffen mit US-Präsident** Donald Trump am Dienstag im Weißen Haus ein **überraschend positives Fazit** gezogen. Nach der rund zweistündigen Begegnung veröffentlichte Petro im Onlinedienst X ein Foto mit einer handschriftlichen Notiz Trumps mit den Worten: "Gustavo - Eine große Ehre - Ich liebe Kolumbien." Dem kolumbianischen Radiosender Caracol sagte Petro: "Die Widersprüche zu meinen Vorstellungen, die ich aus der Presse und den sozialen Netzwerken kannte, habe ich dort nicht wiedergefunden." (Reuters).

US-Präsident Donald Trump hat ein wichtiges, Ende September ausgelaufenes **Handelsabkommen mit afrikanischen Staaten** verlängert. Das als AGOA bekannte Programm sei bis zum 31. Dezember verlängert worden, rückwirkend vom 30. September 2025, teilte der US-Handelsbeauftragte Jamieson Greer am Dienstag mit. Das 2000 in Kraft getretene Abkommen gewährt Ländern Afrikas südlich der Sahara für mehr als 1800 Produkte zollfreien Zugang zum US-Markt (Reuters).

Die **USA** wollen mit einer neuen **Allianz für kritische Rohstoffe** die **Marktmacht Chinas** brechen. Rund 30 Länder wollten dem Bündnis beitreten, sagte US-Innenminister Doug Burgum auf einer Konferenz in Washington. Länder wie Japan, Australien und Südkorea seien bereits dabei. "Wir haben Pläne, in dieser Woche noch elf weitere solcher Abkommen bekannt zu geben", sagte Burgum. Zudem hätten bis zu 20 weitere Länder starkes Interesse bekundet. Washington will damit der aus seiner Sicht von China betriebenen Preismanipulation bei Lithium, Nickel und Seltenen Erden entgegenwirken (Reuters).

Banken

Santander baut seine Präsenz in den USA mit einer Milliardenübernahme aus. Die spanische Großbank kündigte am Dienstag den Kauf der US-Regionalbank **Webster Financial** für 12,2 Milliarden Dollar an. Durch die Transaktion steige Santander gemessen an der Bilanzsumme in den Kreis der zehn größten Geschäftsbanken in den USA auf. Verwaltungsratschefin Ana Botín bezeichnete den Zukauf als strategisch bedeutend für das US-Geschäft. Der Zukauf werde die Marktstellung ausbauen, die Profitabilität der Bank stärken und die Finanzierungskosten senken. Der Abschluss der Übernahme, bei der Webster-Aktionäre eine Kombination aus Aktien und einer Barzahlung erhalten sollen, wird für die zweite Jahreshälfte erwartet (Reuters).

Die **UBS** hat Ende 2025 inmitten der Credit-Suisse-Integration und der hitzigen Kapitaldiskussion einen Milliardengewinn erzielt. Die Großbank übertraf damit die Schätzungen von Analysten massiv. Sie kündigte zudem den Rückkauf von eigenen Anteilen in Milliardenhöhe an. Außerdem soll die Dividende weiter steigen. Unter dem Strich machte die UBS Group im vierten Quartal einen Gewinn von 1,20 Milliarden US-Dollar (rund 1,02 Mrd Euro), wie sie am Mittwoch mitteilte. Das waren 56 Prozent mehr als im Vorjahr. Analysten hatten im Schnitt mit knapp 970 Millionen gerechnet. Vor Steuern verdiente die Großbank mit 1,70 Milliarden gut 60 Prozent mehr. Bereinigt um Integrationskosten spricht die UBS von

einem Vorsteuergewinn für die Periode von 2,87 Milliarden. Die Erträge der Bank stiegen derweil um 4 Prozent auf 12,15 Milliarden Dollar, während der Aufwand mit 10,29 Milliarden um 1 Prozent zurückging. Das für eine Bank wichtige Kosten/Ertrags-Verhältnis lag damit auf bereinigter Basis bei 75,2 Prozent. Für das Gesamtjahr 2025 weist die UBS einen Gewinn von 7,8 Milliarden Dollar aus (+53 Prozent). Die UBS-Aktionäre sollen für das Geschäftsjahr eine Dividende von 1,10 Dollar pro Aktie erhalten und damit 20 Cent mehr als für 2024. In den kommenden Jahren soll die direkte Ausschüttung weiter steigen. Für das neu angelaufene Jahr plant das Management eine Erhöhung im mittleren Zehnprozentbereich. Außerdem plant die Bank 2026 zunächst Aktienrückkäufe im Wert von 3 Milliarden Dollar - mit der Absicht weiterer Rückkäufe. Die Höhe sei von der finalen Ausgestaltung der neuen Regulierung in der Schweiz sowie der Erreichung der Finanzziele abhängig. 2026 sollten die Aktienrückkäufe vor Beginn der Diskussion über die verschärften Kapitalvorschriften wieder das Niveau von vor der CS-Übernahme erreicht werden (2022: 5,6 Milliarden) (dpa/AFX).

Bei einer **Anhörung im US-Senat zur Nazi-Vergangenheit** der **Credit Suisse** (CS) hat der republikanische Senator Chuck Grassley Vorwürfe gegen die inzwischen von der UBS übernommene Großbank erhoben. Eine laufende Untersuchung habe Hinweise auf 890 Konten mit potenziellen Nazi-Verbindungen ergeben, erklärte Grassley. Darunter befänden sich Konten des wirtschaftlichen Arms der Schutzstaffel (SS) Adolf Hitlers, die für zahlreiche Verbrechen der Nationalsozialisten verantwortlich war, sowie einer deutschen Rüstungsfirma. Die CS habe zudem in der Vergangenheit Schlüsseldetails vor Ermittlern verborgen. Grassley beschuldigte die **UBS** auch, die Untersuchung zuletzt behindert zu haben (Reuters).

Gesundheitswesen

Der Wegovy-Hersteller **Novo Nordisk** rechnet im laufenden Jahr mit einem Umsatzrückgang durch die wachsende Konkurrenz bei Abnehmern. Die Erlöse dürften zu konstanten Wechselkursen um fünf bis 13 Prozent sinken, teilte der dänische Pharmakonzern mit. Analysten hatten im Schnitt lediglich mit einem Minus von zwei Prozent gerechnet. Unter dem neuen Vorstandschef Mike Doustard setzt Novo nun auf die neu eingeführte Wegovy-Pille und auf aggressive Werbung, um Marktanteile zurückzugewinnen (Reuters).

Lebensmittel / Getränke

Der neue **Nestlé**-Chef plant eine **strategische Umstrukturierung**, um das weitläufige multinationale Unternehmen nach einer turbulenten Phase wieder auf vier Produktkategorien zu fokussieren. Philipp Navratil bereite sich darauf vor, den Hersteller von Kitkat und Nespresso um neue Säulen herum zu organisieren - Kaffee, Tierpflege, Ernährung und Gesundheit sowie Lebensmittel und Snacks -, sagten mit der Angelegenheit vertraute Personen der *Financial Times*.

Öl & Gas

Nach dem Abschluss eines Liefervertrages zwischen Washington und Caracas kämpfen die **Raffinerien an der US-Golfküste** mit dem **rasanten Anstieg der Öllieferungen aus Venezuela**. Das **Überangebot** drückt Händlern und Schiffahrtsdaten zufolge auf die Preise und führt dazu, dass etliche Ladungen unverkauft bleiben. Die schwache Nachfrage erschwert die Pläne von US-Präsident Donald Trump, das Öl des südamerikanischen Landes vorrangig in die USA zu leiten. "Wir stehen alle vor dem Problem, dass es mehr Angebot als Abnehmer gibt", sagte ein Händler (Reuters).

Die **US-Regierung** hat den Bau eines neuen **Tiefwasserhafens für den Ölexport** vor der Küste von **Texas** genehmigt. Das Projekt "Texas GulfLink" erlaube den Export von bis zu einer Million Barrel Rohöl pro Tag, teilte Verkehrsminister Sean Duffy der Nachrichtenagentur *Reuters* mit. Das Vorhaben ist Teil der Bemühungen der Regierung von Präsident Donald Trump, die US-Ölindustrie und -produktion zu stärken. Der Tiefwasserhafen soll etwa 26,6 Seemeilen vor der Küste von Brazoria County in Texas entstehen.

Technologie

AMS-Osram trennt sich zum Schuldenabbau von einer weiteren Sparte. Das **Geschäft mit nicht-optischen Analog-Mixed-Signal-Sensoren** gehe für 570 Millionen Euro in bar an **Infineon**, teilte der deutsch-österreichische Chip- und Sensoranbieter mit. Die Transaktion werde voraussichtlich im zweiten Quartal abgeschlossen. "Wir schlagen zwei Fliegen mit einer Klappe", sagte AMS-Chef Aldo Kamper. "Wir reduzieren unsere Verschuldung deutlich schneller als geplant und formen den führenden Anbieter in Digital Photonics." An der Börse kam diese Ankündigung gut an. Die in Deutschland notierten Aktien stiegen im Frankfurter Späthandel um mehr als vier Prozent (Reuters).



Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

